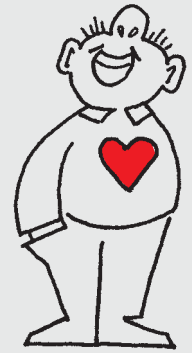


MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



3 / 2012

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Landesparteitag der LINKEN in Blossin

Sicht zweier
Teilnehmer

1. Energiestrategie im Brennpunkt

Am 18./19.02 fand in Blossin der 3. Landesparteitag unserer Partei statt. Ein besonderer Schwerpunkt war die zukünftige Energiestrategie der Landesregierung und die Ausrichtung unserer Partei.

Mit einem denkbar knappen Ergebnis wurde am späten Samstagabend der Braunkohleausstieg 2040 bekräftigt und gegen die Erschließung von neuen Tagebauen und einen eventuellen Kraftwerksneubau in der Lausitz gestimmt. Die Beschlüsse des Landesparteitags findet Ihr unter: <http://www.dielinke-brandenburg.de/partei/parteitage/>

Aus meiner Sicht bezahlen wir einen sehr hohen Preis für den weiter zu betreibenden Braunkohleabbau. Unsere Heimat wird zerstört, sie ist unwiederbringlich weg,

und viele Jahre wird es dauern, bis sich die Natur davon erholt.

Wenn wir die Erderwärmung stoppen wollen, müssen wir jetzt etwas dagegen unternehmen. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Das Ergebnis der Studie »Wertschöpfung und Beschäftigung durch Erneuerbare Energien in Brandenburg«, die das IÖW im Auftrag von Greenpeace erstellt hat, besagt, dass Brandenburg bereits im Jahr 2030, ohne die Braunkohle zu verstromen, den Strombedarf zu 270 Prozent decken kann. Man hat berechnet, dass bereits heute mehr als 11 000 Menschen in dem Bereich Erneuerbare Energien beschäftigt sind. Diese Zahl könnte sich bis 2030 fast noch verdoppeln.

Ich bin mir bewusst, dass die Beschäftigten in der Braunkohleindustrie eine Alternative brauchen, aber noch haben wir die Zeit, diese zu schaffen. Außerdem würde unserer Umwelt ein Kohlendioxidausstoß von 60 Millionen Tonnen erspart bleiben.

Heute haben wir die Möglichkeit, durch unsere Regierungsbeteiligung aktiv etwas für die Erreichung der Klimaziele zu tun. Wir haben mit unserem Parteitagebeschluss für einen Braunkohleausstieg bis 2040 mehrheitlich gestimmt, und ich finde es gut, dass wir bei unseren bisher schon gefassten Beschlüssen bleiben und dem Nachdruck verliehen haben.

Robert Otto
Mitglied DIE LINKE



2. Die Diskussion geht weiter ...



Entgegengesetzter konnten die Beschlüsse auf dem Landesparteitag der LINKEN in Blossin am 18./19.2. nicht sein.

Empfangen wurden die Delegierten von Greenpeace mit der Forderung »Habt Mut zum schnellen Ausstieg aus der Braunkohlever-

stromung und stimmt dem Beschluss der Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt 'A2' zu.« Inhalt dieses Beschlusses: Lasst es nicht zu, dass am Standort der Tagebau Jänschwalde/Nord aufgeschlossen und ein neues Kraftwerk gebaut wird. Ein Zweiter Antrag »A8«, eingereicht von den Mitgliedern des Landtages und vielen anderen Genossen, kam dem Inhalt der Energiestrategie 2030 nah. ➤ S. 3

Öffentliche Mitgliederversammlung

am 15. März um 18:30 Uhr
im Bürgerzentrum

Themen:

- Neues aus der Kommunalpolitik
- Diskussion zu den Beschlüssen des Landesparteitages – Energiestrategie 2030

Satzungsgemäß wählte der Landesparteitag einen neuen Landesvorstand

Stefan Ludwig ist der neue Landesvorsitzende der LINKEN, seine Stellvertreter/-innen sind Diana Golze, Gerlinde Krahnert, Thomas Domres und Norbert Müller, Landesgeschäftsführerin ist Andrea Johlige und Landeschatzmeister Matthias Osterburg.



Schorschels Stadtgeflüster

Gauck wird es nun doch nicht, schade! – das ZDF muss nun einen anderen, gern im Rampenlicht Stehenden, für die Sendung »Wetten, dass ...« gewinnen.

Schuld sei, so erzählt man sich, die FDP, sie habe die Bundeskanzlerin ausgetrickst und ihr eine falsche Telefonnummer gegeben und als sie diese anrief, sei plötzlich Gauck am Telefon gewesen und – Angie konnte nicht mehr zurück. So hat nun Joachim bald den von ihm begehrten mehr als 400-€-Job. Rentner haben also doch ne' Menge Zeit!

Unabhängig davon all unseren Lesern erst einmal ein fröhliches Hallöchen, besonders jenen, die sich zur Abwechslung

mal eine Gauckin an der Spitze des Staates gewünscht hätten. Aber mit den Wünschen ist das so eine Sache. So wünscht sich Herr Hilmar H., dass das kleine Wäldchen an der Rennbahn in Noßdorf nicht abgeholzt würde und auch die Arbeiten am Abreit- und Parkplatz seien ärgerlich, sprich sinnlos (LR vom 20.02.2012). Lieber Hilmar, wozu die Aufregung? Frau Heike B. hat doch recht. Es sind Ersatzpflanzungen dafür vorgesehen – Rabattenbepflanzungen auf den hundert neuen Freiflächen im Zentrum. Manche sogar mit dem Wappen von Forst, und die siebenhundertjährige Reittradition von Forst mit einem Abreitplatz zu würdigen ist besser, als Wohnhäuser zu modernisieren. Dass das RBB-Fernsehen am 21.02. Filmaufnahmen von Forst gemacht und am Abend ausgestrahlt hat, muss uns dabei nicht ängstigen. Diese bald historischen Aufnahmen sind für das AvO (Archiv verschwundener Orte) bestimmt!

Tschüss, Euer *Schorschel*

Politik im Spagat



Innerhalb von zwei Wochen werden die Haushalte des Landkreises und der Stadt Forst in den zuständigen Gremien abgestimmt. Abgeordnete, die in beiden Parlamenten vertreten

sind, haben also einen beachtlichen Berg von Papier zu bearbeiten. Am Ende sollte sich jeder Abgeordnete klar positionieren können.

Wenn im Kreistag eine hohe Kreisumlage (Anteil der Steuereinnahmen, die Gemeinden an den Kreis abführen müssen) beschlossen wird, muss die Stadt mehr Geld an den Landkreis abführen. Wenn zu wenig Geld fließt, erhöht sich das Defizit des Kreises.

Das Land greift natürlich auch in die Haushaltspolitik hoch verschuldeter Kommunen und Kreise ein. Das Innenministerium beschränkt die kommunale Selbstverwaltung durch Auflagen auf eine kaum noch zu erkennende Größe und droht bei Nichterfüllung mit der Verweigerung der Haushaltsgenehmigung.

Dieses Spiel wiederholt sich inzwischen Jahr für Jahr. Die Haushaltsdefizite werden dabei sowohl in den Gemeinden, wie auch im Landkreis immer größer. Forst wird in diesem Jahr ein Gesamtdefizit von 32 Millionen Euro aufweisen. Der Landkreis hat allein für die Jahre 2011 und 2012 ein Defizit von über 24 Millionen Euro in den Büchern stehen. Ein Haushaltsausgleich ist also in naher Zukunft ein unerfüllbarer Traum. Da geht es uns nicht anders als den Griechen.

Was bliebe nun zu tun? Als LINKE sind wir der Auffassung, dass wenigstens die in den letzten zwei Jahrzehnten geschaffenen Werte erhalten bleiben und die Lasten fair zwischen Kommunen und Kreis geteilt werden müssen. Leider stößt dies bei den anderen Fraktionen nicht auf Zustimmung. Im Kreistag beantragten wir eine Kreisumlage, die den Städten und Gemeinden wenigstens et-

was mehr als die Hälfte der Steuereinnahmen belassen hätte. Gleichzeitig wollten wir 200.000 € für die Instandsetzung der touristischen Radwege im Haushalt erhalten. Damit sollte eine Infrastruktur gepflegt werden, die im Bereich des Tourismus und der Gastronomie Arbeitsplätze und Existenzen sichert. Radtouristen werden den Spree-Neiße-Kreis nur bereisen, wenn die Wege in einem ordentlichen Zustand sind. Für kleinere Museen in den Dörfern sollten zusätzlich 15.000 € bereitgestellt werden. Auch hier geht es ausschließlich um die Erhaltung vorhandener Strukturen und die Unterstützung von hauptsächlich ehrenamtlicher Arbeit. Im vergangenen Jahr war dies übrigens noch ein Wunsch aus der CDU-Fraktion.

Alle Anträge wurden von der großen Mehrheit des Kreistages abgelehnt, obwohl der Kreis wegen des erhöhten Steueraufkommens mehr als eine Mil-

lion Euro zusätzlich einnehmen wird. Die Kommunen werden dies wieder ausbaden und anschließend an der Gebührenschraube drehen.

Nun hat nicht nur die Forster LINKE Abgeordnete in beiden Parlamenten, auch die SPD ist mit zwei Stadtverordneten im Kreistag vertreten. Der Kollege Helmut Ließ erläuterte für die SPD-Fraktion deren Zustimmung zum Haushalt und die gleichzeitige Ablehnung unserer Anträge. Er stellte für seine Person dabei fest, dass er nur als Kreistagsabgeordneter für eine höhere Kreisumlage sei. Als städtischer Abgeordneter würde er das dann natürlich anders sehen. Er nannte dies einen notwendigen Spagat, den man nun mal tun müsste. Die Abgeordneten der LINKEN sind leider nicht in der Lage, einen solchen Spagat durchzuführen. Für uns gilt, wenn man eine Position hat, muss man sie auch vertreten und nicht wie ein Hemd je nach Bedarf wechseln. So etwas nennt man bei uns Glaubwürdigkeit. *Ingo Paeschke*
Stadt- und Kreistagsabgeordneter

Beate Klarsfeld

Herzlicher Empfang: Beate Klarsfeld im Fraktionssaal

Beate Klarsfeld tritt am 18. März bei der Wahl für das Bundespräsidentenamt an. Der Parteivorstand der LINKEN hatte die 73-Jährige am 27. Februar einstimmig nominiert. Beate Klarsfeld ist gebürtige Berlinerin. Die Journalistin widmete ihr Leben der Verfolgung von Nazi-Verbrechen und der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit

deutscher Politiker. DIE LINKE hatte Beate Klarsfeld 2009 für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen.

Nachdem sich Beate Klarsfeld am 29. Februar der Bundespressekonferenz vorgestellt hatte, besuchte sie am 1. März die Fraktion DIE LINKE im Bundestag. »Das war eine sehr schöne Sitzung«, sagte Gregor Gysi im Anschluss. Der

große Respekt vor dem Leben von Beate Klarsfeld sei in vielen Stellungnahmen zum Ausdruck gekommen. Tags zuvor hatte Beate Klarsfeld erklärt, dass sie mit ihrem Kampf gegen den Faschismus immer versucht habe, »ein neues Bild von Deutschland zu schaffen«. 01.03.2012



Was spricht gegen Gauck als Bundespräsident?

DIE LINKE wird gegen den Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten, Joachim Gauck, stimmen. Was spricht gegen Gauck? Eine politische Gesinnung, die aus Äußerungen der letzten Jahre entnommen werden kann.

Die folgenden ausgewählten Zitate sprechen für sich:

Zu den Sozialprotesten gegen Hartz IV

»töricht und geschichtsvergessen, wenn der Protest gegen Sozialreformen unter dem Titel Montagsdemonstration stattfindet«. August 2004, <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/hartz-iv-weiter-streit-um-montagsdemonstrationen-1.1622178>

Die Leute müssen aus der Hängematte der Glückserwartung durch Genuss und Wohlstand aufstehen. Sie dürfen nicht erwarten, dass andere für sie agieren. Eine Gesellschaft wird umso zukunftsfähiger, je aktiver sich die Bürger darstellen.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/gauck-gespraech-von-die-leute-muessen-aus-der-haengematte-aufstehen-1.1288292>

Zu den Protesten gegen Stuttgart 21

Joachim Gauck warnt vor einer »Protestkultur«, »die aufflammt, wenn es um den eigenen Vorgarten geht«. 16. Oktober 2011, eine Veranstaltung der Zeitung »Die Zeit« (Zeit Matinee) des Holtzbrinck-Verlages in den Hamburger Kammerspielen, <http://www.zeitverlag.de/pressemittellungen/joachim-gauck-antikapitalismusdebatte-ist-unsaglich-albern/>

Die Diskussion ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Fragen zur Energiepolitik wurden und werden noch immer heiß und öffentlich im Landesverband diskutiert. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass der Antrag »A2« nur mit einer Stimmenmehrheit gefasst wurde und der Antrag »A8« mehrheitlich angenommen wurde. Vielen geht der Ausstieg aus der Braunkohle nicht schnell genug, eine Energie-wende wollen alle, das ist nicht strittig. Eine solche Wende braucht Voraussetzungen, die es noch nicht auf allen Ebenen gibt. Die Energiestrategie lässt nicht ohne Grund einen Zeithorizont für die Lösung der anstehenden Probleme offen, weil die Fragen der Systemintegration der Erneuerbaren Energien und Konvergenz der Energiesysteme aus heutiger Sicht nicht endgültig abschätzbar sind. Das ist sicher nicht zufriedenstellend für viele betroffene Menschen. Aber man muss diese Entscheidung auch im Zusammenhang mit der Verantwortung für Versorgungssicherheit und einen bezahlbaren Strompreis für alle sehen. Am 21.03. soll die Energiestrategie 2030 im Landtag beschlossen werden. Das heißt nicht, dass die Diskussion zur Energie-wende damit aufhört, sie hat gerade erst angefangen. **Anke Schwarzenberg**
Ortsvorsitzende

Zu Kapitalismus und Krisenprotesten
»Wer ausgerechnet der Wirtschaft die Freiheit nehmen will, wird immer mehr verlieren als gewinnen.«

DER SPIEGEL vom 28. Juni 2010

»Wir wissen, dass die Sozialleistungen, die wir als Sicherung eines menschenwürdigen Lebens ansehen, bislang nur in Gesellschaften erwirtschaftet werden konnten, die über eine funktionierende Marktwirtschaft verfügten.« Rede von Joachim Gauck im deutschen Theater am 23. Juni 2010
Joachim Gauck sagte ..., dass er die Antikapitalismusdebatte für »unsäglich albern« halte: Der Traum von einer Welt, in der man sich der »Bindung« der Geldmärkte entledigen könne, sei eine »romantische Vorstellung«. 16. Oktober 2011, eine Veranstaltung der Zeitung »Die Zeit« (Zeit Matinee) des Holtzbrinck-Verlages in den Hamburger Kammerspielen, <http://www.zeitverlag.de/pressemittellungen/joachim-gauck-antikapitalismusdebatte-ist-unsaglich-albern/>

Zu Thilo Sarrazin und zur Integrationspolitik

Gauck attestiert Sarrazin, »Mut bewiesen« zu haben: »Er hat über ein Problem, das in der Gesellschaft besteht, offener gesprochen als die Politik.« <http://www.tagesspiegel.de/politik/politik-und-gesellschaft-gauck-attestiert-sarrazin-mut/3685052.html>

Aus dem Erfolg des Sarrazin-Buchs könne die politische Klasse lernen, dass »ihre Sprache der politischen Korrektheit bei den Menschen das Gefühl weckt, dass die wirklichen Probleme verschleiert werden sollen«. <http://www.tagesspiegel.de/politik/politik-und-gesellschaft-gauck-attestiert-sarrazin-mut/3685052.html>

Es gibt Viertel in deutschen Städten mit »allzu vielen Zugewanderten und allzu wenigen Altdeutschen«.

DER SPIEGEL vom 28. Juni 2010

Verhältnis zum Kommunismus

Europa ist eben nicht nur Westeuropa, sondern Europa ist das ganze Europa, das durch zweierlei Feuer geprägt und

verbrannt ist, durch die Negierung der Würde des Einzelnen, durch die braune Pest und durch die Abschaffung des gesamten Demokratieprojekts Europas durch dieses rote, widerwärtige Machtssystem, das alles abgeschafft hat, was hier in Europa Schritt für Schritt an Ermächtigung geschaffen worden ist.

Vortrag Friedrich Ebert Stiftung 23. März 2011
<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/08547.pdf>

Verhältnis zur Partei DIE LINKE

»Ich wüsste nicht, auf welcher Basis etablierte Parteien auf Bundesebene mit der Linkspartei zusammenarbeiten sollten.«

»Hamburger Abendblatt« vom 25. Juni 2010

»Wenn der Verfassungsschutz bestimmte Personen oder Gruppen innerhalb dieser Partei observiert, wird es dafür Gründe geben.«

»Rheinischen Post« vom 25. Juni 2010

Verhältnis zu Kriegseinsetzen

»Solange deutsche Soldaten im Auftrag der UN und aus Solidarität dort eingesetzt werden und nicht aus deutschem Übermut, der einst Truppen in Bewegung setzte (...), kann ich einen derartigen Einsatz nicht verurteilen.«

Rede von Joachim Gauck im deutschen Theater am 23. Juni 2010

»Ich fühle mit, wenn ich die Trauer der Mütter der Kriegsoffer sehe. Aber nicht Verantwortungslosigkeit hat ihre Söhne geschickt, sondern aus Verantwortung wurden sie geschickt und aus Verantwortungsbereitschaft sind sie gegangen.«

Rede von Joachim Gauck im deutschen Theater am 23. Juni 2010

Stand: 21.02.2012

Spruch des Monats

»Manche Leute braucht man nicht zu parodieren. Es genügt, dass man sie zitiert.«

Robert Neumann

Was lange währt wird nicht immer gut!

Seit nunmehr sieben Monaten versucht die Technische Universität Berlin die Dissertation des Forster Bürgermeisters wegen Plagiatsverdacht zu prüfen. Die Internetplattform »Vroniplag« benennt 143 Seiten der Doktorarbeit, auf denen Plagiate gefunden wurden.

Offensichtlich benötigt man zum Zweitstudium des Dokuments mehr Zeit, als bei der Verleihung des Dokortitels. Vielleicht hoffen die zuständigen Professoren aber auch, dass das Thema in Vergessenheit gerät. Dies jedenfalls wäre ein Irrtum. **Ingo Paeschke**

Wussten Sie schon?

Die AG-Soziales der LINKEN in Forst bietet auch für behinderte und chronisch kranke Menschen und deren Angehörige kostenlose Beratung und Begleitung zu Ämtern und Behörden an. Jeden Montag sind wir von 10 bis 14 Uhr für Sie da. – Zu rechtlichen Fragen konnten wir den renommierten Potsdamer Anwalt für Sozialrecht und Fachbuchautor Ludwig Zimmermann für uns gewinnen. Einmal monatlich haben wir eine Sprechstunde eingerichtet. Termine erfahren Sie in unserer Geschäftsstelle oder auf unserer Homepage: http://www.dielinke-lausitz.de/partei/ag_ig/ag_soziales_forst/

Newsletter

Der Gedenkstunde müssen Konsequenzen folgen

Im Vorfeld der Gedenkfeier für die Opfer der NSU-Terror-Zelle erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags:

Zehn Opfer aus extrem rassistischem Wahn geben allen Anlass innezuhalten und zu gedenken. Aber es geht nicht nur um diese Zehn. Seit 1990 wurden in Deutschland mehr als 150 Menschen von Rechtsextremisten getötet.

Und es geht nicht nur ums Innehalten. Die Gedenkstunde muss alle ermutigen, die sich für eine weltoffene, multikulturelle und interreligiöse Gesellschaft einsetzen.

Und ihr müssen politische Konsequenzen folgen. So lange Rassismus verharmlost und Antifaschismus verdächtigt wird, bleibt alles Gedenken folgenlos.

22.02.2012

Bundestag beschließt zweiten Rettungsring aus Blei für Griechenland

Am 27.2. verabschiedete der Bundestag gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE das zweite Griechenlandpaket, das erneut nur die Ansprüche von Banken und Spekulanten rettet. In seiner Rede attackierte Gregor Gysi die gescheiterte marktradikale »Rettungspolitik«, die Griechenlands Wirtschaft kaputtspart, die GriechInnen in die Armut reißt

und den SteuerzahlerInnen in der Eurozone milliarden-schwere Risiken aufbürdet: »Das Rettungspaket ist wieder nicht für Griechenland geschnürt worden, ausschließlich für Banken und Hedgefonds – sie bekommen das Geld, kein anderer«, kritisierte Gysi und forderte eine grundlegende Kurskorrektur. Hierzu gehört auch eine strikte Regulierung der Finanzmärkte und die Überführung privater Großbanken in die öffentliche Hand und unter demokratische Kontrolle.

Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe endlich auch in Brandenburg gesetzlich geregelt

Die Landesarbeitsgemeinschaft LINKE.queer Berlin-Brandenburg begrüßt den Beschluss des Brandenburger Landtags über ein Gesetz zur Anpassung des brandenburgischen Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsrecht des Bundes vom 22.2.2012.:

»Damit ist nun auch in Brandenburg die Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe gesetzlich geregelt«, erklärt Harald Petzold, Sprecher der LAG und Mitglied des Landesvorstands der LINKEN in Brandenburg. »Die Koalition setzt mit dem Gesetz ein weiteres Projekt ihres Koalitionsvertrages erfolgreich um. Es ist zwar bedauerlich, dass es keine rückwirkende Gleichstellung geben wird, wie sie unter Rot-Rot in Berlin beschlossen wurde. Aber insgesamt ist das Gesetz ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung«, so Petzold weiter. »Die LINKE wird sich in Zukunft weiter für eine Entprivilegierung der Ehe und eine rechtliche Gleichstellung und Gleichbehandlung aller Lebensweisen starkmachen.«

23.02.2012

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22
Di., 13.03.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**
Di., 20.03.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
Mi., 21.03.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
Mo., 02.04.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
Di., 17.04.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadtfraktion**

Geburtstag

03.04.: 64 Jahre Marlies Tobela
11.04.: 67 Jahre Wilfried Krüger
*Herzlichen Glückwunsch,
unseren Jubilaren, auch all jenen,
die hier nicht genannt sind!*

INFO:

Ab sofort besteht für interessierte Bürger/-innen während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle, Dienstag und Donnerstag von 9 bis 11 und 14 bis 17 Uhr, die Möglichkeit, folgende Zeitschriften zu lesen:
Malxeblatt, Clara, Disput, Zeitzeugen

VORANKÜNDIGUNG

1. Donnerstag, **21. Juni 2012**, 14:00 Uhr, Brandenburger Hof, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus:
»Ist der Euro noch zu retten? Aspekte der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise« – **Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Christa Luft** (MdB a.D., Wirtschaftsexpertin, Wirtschaftsministerin in der Modrow-Regierung, Berlin)
Gemeinsame Veranstaltung mit dem Brandenburgischen Seniorenverband e.V., Ortsverband Cottbus
2. Montag, **16.04.12**, Vortrag von **Gregor Gysi** im Audimax II der BTU Cottbus / Thema: »Bildungsland Deutschland«

Achtung!
Sozialrechtsberatung
am **24. März ab 14 Uhr**
in der Geschäftsstelle,
Berliner Straße 22

Recht extrem

Erika Steinbach (CDU) bezeichnete die NSDAP als linke Partei. Damit ist es jetzt amtlich: Die CDU ist rechter als die NSDAP. **Andreas Koristka**



Aus »Eulenspiegel« Nr. 3/12

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.